



AFRIKA/SUDAN - DER „ERDÖL-FRIEDEN“ FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LANDES. VEREINBARUNGEN ZUR AUFTEILUNG DER SICHERHEITSKRÄFTE: IM NORDEN SIND DIE REGULÄREN STREITKRÄFTE VERANTWORTLICH, IM SÜDEN DIE GUERILLAEINHEITEN.

Rom (Fidesdienst) - „Die jüngsten Erklärungen des Anführers der Sudan People's Liberation Army (SPLA), John Garang, sind ein konkreter Schritt in Richtung Frieden“, so der Sudan-Experte Gino Barsella im Gespräch mit dem Fidesdienst. Ende September hatte Garang bekräftigt, dass es auf dem Weg zum Frieden kein Zurück mehr gebe und man sich für eine Lösung der Probleme zwischen der Regierung und der SPLA einsetze. „Diese Erklärung war mit Sicherheit mit dem Regime in Khartoum abgesprochen. Kurz zuvor hatte man sich auf die Aufteilung der Sicherheitskräfte im Sudan geeinigt: im Nordsudan sind die Regierungssoldaten zuständig, im Süden sollen die Guerillaeinheiten für die Sicherheit verantwortlich sein“, so Gino Barsella.

„Es handelt sich dabei um einen wichtigen Schritt zur Beendigung des Bürgerkriegs, der im Sudan 1983 ausgebrochen war, denn bisher gehörte die Frage der Sicherheit zu den wichtigsten noch ungelösten Problemen“, so der Sudan-Experte, „der von der internationalen Staatengemeinschaft und insbesondere Europas und der Vereinigten Staaten, ausgeübte Druck hat dabei bestimmt eine entscheidende Rolle gespielt. Es geht dabei bestimmt nicht um uneigennützig und nur durch humanitären Beweggründen motivierte Hilfestellung. Es besteht großes an den Erdölvorkommen im südlichen Teil des Landes. Diese Ressourcen können nicht in ganzem Umfang gefördert werden solange Krieg herrscht. Auf jeden Fall ist auch das Erdöl als Beweggrund willkommen, wenn es dazu beiträgt, Frieden zu schaffen. Es entsteht jedoch die Frage nach der Aufteilung der Gewinne aus dem Erdölgeschäft und darüber wird man eingehend verhandeln müssen, wobei zu hoffen bleibt, dass dabei auch die Entwicklung der Bevölkerung des Landes berücksichtigt werden wird.“

„Meine Hauptsorge ist jedoch, dass die internationale Gemeinschaft sich darum bemüht, dass es bald möglichst zu Vereinbarungen kommen wird, ohne sich dabei um die wirkliche Lösung der Gründe des Konflikts zu kümmern, die vor allem in den Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden des Landes aber auch zwischen den verschiedenen im Süden lebenden Volksgruppen zu suchen sind. Ich befürchte, dass die Probleme, wenn sie einfach ungelöst unter den Teppiche gekehrt werden, irgendwann wieder auftauchen werden“, so Gino Barsella abschließend.

Der Bürgerkrieg im Sudan brach 1983 aus, als sich die Bevölkerung im Süden nach der Einführung der islamischen Gesetze der Scharia gegen die Regierung auflehnte. Bei dem Bürgerkrieg starben über 2 Millionen Menschen, Millionen mussten ihre Wohnungen verlassen und weite Landesteile wurden zerstört. (LM)

(Fidesdienst, 1/10/2003 – 38 Zeilen, 404 Worte)